BEGRÜNDUNG

- 440 -

zur Gestaltungssatzung der Gemeinde Everswinkel für die Ortskerne Everswinkel / Everswinkel - Alverskirchen

Die in den anliegenden Übersichtsplänen markierten Ortskerne von Everswinkel und dem ehemals selbständigen Ortsteil Alverskirchen (Everswinkel 2) werden -trotz städtebaulicher Veränderungen, vor allem im jetzigen Everswinkel 1- topographisch geprägt durch den jeweiligen Kirchplatz und das ebenfalls in beiden Ortsteilen noch vorhandene mittelalterliche Straßennetz. Daneben wird der Charakter dieser gewachsenen Bereiche durch die vorhandene, teils denkmalwürdige Bausubstanz bestimmt. Dieses vorab grob skizzierte Erscheinungsbild der Ortskerne ist Anlaß für die gestalterischen Festsetzungen, die gewährleisten sollen, daß die ortstypischen Gegebenheiten bei künftigen Planungen und Ausführungen in ausreichendem Maße berücksichtigt werden, ohne den Bauwilligen über Gebühr zu belasten.

Zu den das Dorfbild kennzeichnenden, historisch wichtigen Straßenzügen gehören in Everswinkel 1 u.a. der Kirchplatz, die Hovestraße, Nordstraße, Vitusstraße, Warendorfer Straße und Worthstraße, die -vereinzelt gesäumt durch Bürger- und Ackerbürgerhäuser mit denkmalwürdigem Charakter- noch heute die Dorfanlage des Mittelalters belegen und insofern als schützenswert in den Regelungsbereich der Satzung einbezogen wurden. Den Dorfmittelpunkt bildet die Kirche St. Magnus. Prägend in diesem Bereich des weiteren die unmittelbar daneben erbaute Marien-Kapelle und die wenigen noch erhaltenen Fachwerkhäuser am Kirchplatz mit z.T. dem Kirchplatz-Straßenverlauf angepaßten, nämlich schrägen Giebelfassaden. Die Fachwerkgebäude sind charakteristisch für die kleinbürgerliche dörfliche Bebauung im 18. Jahrhundert und bedürfen daher unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten eines besonderen Schutzes, insbesondere der Rücksichtnahme der umgebenden Bebauung.

Den im wesentlichen erhaltenen Strukturen auf der Nordseite des umgestalteten Kirchplatzes steht auf der Südseite der Abbruch alter Baulichkeiten entgegen, durch den die ehemals geschlossene Bebauung unterbrochen wurde. Aufgabe dieser Satzung soll es daher auch sein, eine rücksichtsvolle Eingliederung von Neubauten in die vorgegebene Situation zu sichern. Dies kann, davon zeugen die in den letzten Jahren errichteten Neubauten, insbesondere durch eine maßstabsgerechte Fassadengliederung erreicht werden.

Der Ortsteil Alverskirchen hat bis zum heutigen Tag seinen dörflichen Charakter ohne nennenswerte Expansionen bewahrt. Das im westlichen Gemeindegebiet von Everswinkel gelegene Dorf wird durch seine im Jahre 1233 erstmalig genannte und die Mitte des Dorfkerns einnehmende Pfarrkirche St. Agatha geprägt, deren romanischer Westturm die weitgehend veränderte Bebauungskulisse der Umgebung beherrscht. Gut erkennbar ist auch hier der Verlauf der mittelalterlichen Kirchplatzanlage. Dagegen finden sich im Ortskern von Alverskirchen nur noch wenige alte Fassaden; beinahe alle Häuser am Kirchplatz wurden mit Ziegeln oder ähnlichem ummauert und verkleidet, weitere Häuser aus dem Ende des 19. Jahrhunderts haben moderne Fenster und Türen bekommen. Dennoch entspricht die Lage der Häuser der mittelalterlichen Parzelleneinteilung, so daß auch hier mit Hilfe der Satzung angestrebt ist, den historisch bedeutsamen Bestand stilgerecht zu restaurieren bzw. renovieren und die Neubebauung sinnvoll zu integrieren.

Das Vorhandensein historischer Bausubstanz ist Ansatzpunkt für die Eingrenzung der örtlichen Geltungsbereiche der Satzung.

Sachlich sind die Vorschriften von der Zielrichtung bestimmt, im Sinne flankierender Maßnahmen des Denkmal- bzw. Kulturgutschutzes die Erhaltung und Verbesserung des

Erscheinungsbildes der historischen Ortskerne durch die Abwehr von Beeinträchtigungen und die Anpassung neuer Bauwerke zu erreichen, ohne jedoch ein zeitgemäßes Bauen und eine sinnvolle Nutzung der Gebäude einzuschränken. Diese sollen von den Abmessungen her heutigen Erfordernissen genügen - bestimmt durch ihre Lage im Ortskern und dessen Funktion als Einkaufszentrum - in der äußeren Gestaltung aber die die historische Bebauung charakterisierende Kleinteiligkeit wieder aufnehmen.

Um die sich im wesentlichen am historischen Baubestand orientierenden Festsetzungen nicht ins Leere laufen zu lassen, wurden z.T. Sonderbestimmungen für die Gestaltung der Fachwerkhäuser geschaffen, die gewährleisten sollen, daß dieser Bestand auch erhalten bzw. historisch getreu wiedererrichtet wird.

Neben dem Ansatzpunkt, ein harmonisches Nebeneinander von Alt und Neu zu erreichen, sei als weiteres Grundziel erwähnt, in Ergänzung zu den Festsetzungen der jeweiligen Bebauungspläne lebenswerte "Innenstädte" zu schaffen, die nicht nur Raum für Geschäftshäuser und damit tagsüber "Leben" bieten, sondern in mindestens dem gleichen Maße dem Wohnen dienen. Der Grundstock hierfür ist durch das bisherige Erscheinungsbild der Ortskerne gelegt, beispielsweise mit den teilweise begrünten Freiflächen als Ruheazonen und den dort angelegten Kinderspielplätzen.

Die erforderliche Rücksichtnahme von Baumaßnahmen auf die vorhandene erhaltenswerte Bausubstanz regeln im Grundsatz die allgemeinen Anforderungen an die Baugestaltung (§ 3 der Satzung), die in den folgenden Vorschriften konkretisiert werden.

Die Anforderungen an die Gestaltung der Fassaden hinsichtlich Material und Farben orientieren sich an dem für das Münsterland traditionellen Backsteinbau mit rot-braunem Ziegel. Durch die Begrenzung anderer, ebenfalls ortstypischer Materialien auf untergeordnete Teilflächen soll die durch das rot-braune Fassadenmaterial angestrebte übergeordnete Einheitlichkeit so wenig als möglich gestört werden. Ein das räumliche Straßenbild in früheren Zeiten wesentlich prägender Gebäudeteil, der Sockel, ist nicht nur -so vorhanden- bei Umbau- oder Modernisierungsmaßnahmen zu erhalten, sondern wird auch für Neubauten zugelassen, um eine höhenmäßige Anpassung an die historischen Gebäude zu ermöglichen. Der wirklichkeitstreuher Restaurierung einerseits und der Anpassung der Neubebauung andererseits dienen auch die Vorschriften über Gebäudedurch- und -einfahrten, deren Gestaltungsanforderungen sich orientieren an den teilweise noch vorhandenen Querdeelen der Kötterhäuser aus dem vergangenen Jahrhundert.

Die Festsetzung der Hauptfirstrichtung erfolgte, um ein unabgestimmtes Nebeneinander von traufen- und giebelständigen Gebäuden zu vermeiden, was umso mehr störend auf das Straßenbild wirken würde, als die betroffenen Ortskerne eine sehr dichte, großteils geschlossene Bebauung aufweisen.

Die Vorschriften zur Dachgestaltung nehmen wiederum auf das unterschiedliche Schutzbedürfnis von Alt- und Neubauten Rücksicht. Das Erscheinungsbild der in der Regel pfannengedeckten Satteldächer der Fachwerkhäuser soll durch den teilweisen Ausschluß von Dacheinschnitten und die nur eingeschränkte Zulassung von Dachgauben erhalten werden. Durch die Festsetzung der Dachneigung wird eine im wesentlichen einheitliche Neigung angestrebt, die unter Berücksichtigung der kurzen Abfolge der Gebäude innerhalb der hier betroffenen Straßenbereiche Voraussetzung für eine ruhige, zusammenbindende Wirkung ist.

Die Regelung der Dachaufbauten und -einschnitte soll gewährleisten, daß die Hauptdachflächen als prägendes Gestaltungselement in Erscheinung treten und deren Dominanz nicht etwa durch aufgesetzte Gauben etc. aufgelöst wird. Als sichtbarer Baustoff soll die Dacheindeckung nach Material und Farbe dem herkömmlichen historischen Erscheinungsbild.

Die Festsetzungen bezüglich Vorbauten, Loggien, Balkone und Markisen sollen diese An- und Ausbauten zwar nicht unterbinden, jedoch von der Optik her in nicht störenden Grenzen halten. Dabei wird davon ausgegangen, daß ein zurückhaltendes und harmonisches Erscheinungsbild in erster Linie durch einen geschlossenen Charakter der Außenwandflächen - mit begrenzten Materialien, symmetrischer Giebelwand und kleinteiliger Anordnung der Wandöffnungen - erzeugt wird.

Die Regelungen betreffend Fenster und Türen wenden sich vor allem an die im Erdgeschoß gelegenen Ladengeschäfte. Die insgesamt architektonisch gewünschte Kleinteiligkeit soll auch für diese Gebäudeteile gelten, so daß nicht durch überdimensionierte Schaufensterflächen der Charakter der Gebäude auch als Wohnstätte unterdrückt wird. Die Besonderheiten für die Fenster und Türen von Fachwerkhäusern orientieren sich wieder an den Erfordernissen einer möglichst unverfälschten Restaurierung.

Als erforderliches Ordnungselement sind auch die Festsetzungen zur Gestaltung der Freiflächen der bebauten Grundstücke zu verstehen. Die zwischen Fassaden und öffentlichen Verkehrsflächen gelegenen Grundstücksflächen sind stadtgestalterisch als Bestandteil des Straßenraumes anzusehen und sollen optisch soweit als möglich in den Straßenraum einbezogen werden, möglichst durch eine begleitende Begrünung. Soweit das nicht möglich ist, ist die Gestaltung - Pflasterung - in Material und Farbe der öffentlichen Verkehrsfläche anzupassen, um diese relativ schmalen Flächen optisch aufzuweiten. Diesem Ziel dient auch die Freihaltung der in der Satzung näher bezeichneten Flächen von großvolumigen Abfallbehältern.

Dem Bedürfnis der Bewohner entsprechend sind Einfriedungen grundsätzlich zugelassen; die für Teilbereiche erfolgte Beschränkung in Höhe und Material beläßt einen hinreichenden Spielraum für eine individuelle Gestaltung.

Im Rahmen des Notwendigen enthält die Satzung auch gestalterische Festsetzungen bezüglich Werbeanlagen und Warenautomaten.

Im Hinblick auf die oben beschriebene, z.T. historisch wertvolle Bebauung wurden auch Werbeanlagen dem Genehmigungserfordernis unterstellt, die nach der Bauordnung NW in der o.g. Fassung nicht genehmigungspflichtig sind. Gänzlich ausgeschlossen wurden blinkende, sich drehende und grellfarbige Reklameteile, da diese die Ruhe und Beschaulichkeit der beiden Ortskerne stören würde. Durch die Beschränkung der Werbeanlagen auf die regelmäßig im Erdgeschoß befindliche Stätte der Leistung wird den Gewerbetreibenden die Möglichkeit, Hinweisschilder anzubringen, eröffnet, eine übertriebene, das Ortsbild störende Mehrfachwerbung aber vermieden und damit als Nebeneffekt die Gleichbehandlung gesichert. Letztlich sollen die eingreifenden Vorschriften für Werbeanlagen und Warenautomaten bewirken, daß der Charakter der geschützten Bereiche gewahrt bleibt. Gerade durch Anbringung der genannten Anlagen besteht die Gefahr, daß die Dorfkerne ihr historisch gewachsenes Gesicht verlieren, das zwar inzwischen durchsetzt ist mit stilfremden Elementen, aber noch immer deutlich durch die Gestaltungsmerkmale der alten Bebauung - Fachwerk, Giebelständigkeit, Dachform und kleinteilige Gliederung - geprägt ist. Auch die Neubebauung, etwa im Bereich des Magnusplatzes, spiegelt die für die ältere Bausubstanz charakteristischen Form- und Gliederungselemente der Giebelhäuser z.B. in der vertikalen Gliederung wider. Die Regelungen betreffend Werbeanlagen und Warenautomaten dienen damit letztlich der Erhaltung des auch den Nutzungsmerkmalen nach dörflichen Gepräges.

Durch die Beschränkung von Antennen über die notwendige Anzahl hinaus soll eine die Optik der Dachlandschaft störende Wirkung verhindert werden.

Durch die Möglichkeit von Ausnahmen und Befreiungen wird schließlich der Bewältigung atypischer Fälle Rechnung getragen.